



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 18. März 2019**,
in der Welser Stadthalle stattgefundenene

31. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.16 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 30. Sitzung des Gemeinderates vom 28.01.2019 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

DI. Gunter Haydinger

Mark Paulusberger

Ralph Schäfer, BSc

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Elke Ruetz

Ronald Schiefermayr

Georg Taitl

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Mag. Daniela Schindler

Barbara Wildfellner

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Christian Kittenbaumer

KR. Karl Schönberger

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Sybille Prähofer

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Augustine Hacker

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger, GR. Stefan Ganzert, GR. Mag. Phil. Mato Simunovic, GR. Mag. Peter Sönsner

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 07.03.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Stadträtin Margarete Josseck-Herdt betreffend Hortbeiträge
Verf-015-W-9-2019/1

Sehr geehrte Frau Stadträtin Margarete Josseck-Herdt!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Wann kam es zum ersten Ausbleiben einer Abbuchung? Wie viele und welche Monate wurden verspätet abgebucht?
2. Was war der Grund für das Ausbleiben der Vorschreibung/Abbuchung?
3. Wurden die Eltern über das Ausbleiben der Abbuchung informiert?
 - a) Wenn ja, wann und in welcher Form?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
4. Ist bekannt, dass Eltern aufgrund von Nichtwissen über noch ausstehende Abbuchungen in Zahlungsrückstand geraten sind?
5. Ist es nachvollziehbar, dass Eltern darauf vertrauen, dass die Stadt ihre Buchhaltung im Griff hat und daher übersehen können, dass Abbuchungen nicht erfolgt sind?
6. Wie kann es sein, dass es bei IT-Problemen keine alternative Möglichkeit gibt, die Kiga und Hortbeiträge vorzuschreiben?
7. Ist bekannt, dass Eltern ihre Kinder aufgrund der Beiträge, die gleichzeitig abgebucht wurden und eine finanzielle Belastung für Familien darstellen können, abgemeldet wurden?

Bgm. Dr. Rabl: Frau StR. Josseck-Herdt wird diese Anfrage in der Gemeinderatsitzung am 29. April 2019 mündlich beantworten.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Rabl: Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Ordnungswache“ und die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Sicherheit in Wels: Sperrstunden- und Drogenproblematik bei den Welser Nachtlokalen“ bekanntgegeben.

Nachdem der Antrag der GRÜNEN-Fraktion zeitlich ein paar Stunden vorher einlangte und im Zusammenhang mit der Abwechslung die GRÜNE-Fraktion zwar mehr Aktuelle Stunden als die FPÖ-Fraktion hatten, ist das aber kein Grund die GRÜNE-Fraktion nicht zu Wort kommen zu lassen. Ich ersuche daher Frau Gemeinderätin MMag. Rumersdorfer um ihren Beitrag.

GR. MMag. Rumersdorfer: Die Ordnungswache ist eine Institution, mit der wir immer wieder konfrontiert sind. Meist scheint sie nicht gerade in den Medien im besten Licht auf. Ich möchte gleich zu Beginn vorweg schicken, dass ich nicht die gesamten Mitarbeiter der Ordnungswache in Generalverdacht stellen möchte. Sie sind oft selbst Familienmitglieder, die einer normalen Arbeit nachgehen, nach bestem Wissen und nach Vorschrift handeln und um einen Bürgerservice auf der Straße bemüht sind.

Ich will die Mitarbeiter nicht schlecht machen und ihnen unterstellen ihre Arbeit nicht ordentlich zu machen, möchte aber ganz klar auf einer politischen Ebene darüber diskutieren und das Große und Ganze im Blick haben. Diese Aktuelle Stunde möchte ich für zweierlei nutzen, einerseits um darüber zu sprechen, welche Gesinnung so manche Mitarbeiter an den Tag legen und andererseits, um über das subjektive Sicherheitsgefühl in dieser Stadt zu sprechen.

Die Ordnungswache ist nicht ganz unumstritten. Sie war schon vor 10 Jahren das Prestigeprojekt der FPÖ. Sie freut sich heute über ein jährliches Budget von über 700.000 Euro. Erst Ende 2017 war sie landesweit in den Medien, als ein Mitarbeiter wegen einer Hakenkreuzfahne in seiner Wohnung entlassen wurde. Bereits vor gut einem Jahr erläuterte Kollege Mag. Teubl ebenfalls in einer Aktuellen Stunde diesen Vorfall. Ich will diesen nicht im Detail aufrollen, wir wissen alle Bescheid.

Nun scheint man aber wenig daraus gelernt zu haben, hat doch erst kürzlich eine Mitarbeiterin in der Ordnungswache ihren Dienst angetreten, die mit Anhängern sehr einschlägiger Gruppierungen zu sehen ist. Darüber hinaus waren oder sind beide Mitglied der FPÖ-Fraktion. Es tut mir leid, „hinter einem Narrenzaun zu sprechen“ – wie es immer so gern genannt wird – ist hier wohl nicht mehr angebracht.

Den Welser GRÜNEN wurden entsprechende Informationen zu der besagten Mitarbeiterin zugespielt. Dass sie nun am Magistrat für die Ordnungswache eingestellt wurde, ist nicht ihre Schuld. Sie bewarb sich und bekam diesen Job. Es geht jetzt gar nicht um persönliche Befindlichkeiten, es geht um das große Ganze, es geht mir um das Prinzip. Wir werden und können diese Besetzung nicht unkommentiert stehen lassen, wir

haben uns den demokratischen Werten verschrieben. Diese Gruppierungen akzeptieren diese Grundwerte nicht. Die ewig gestrige Ideologie, die diese Gruppierungen an den Tag legen, darf in einer freien Demokratie keinen Platz haben, die wir zum Glück in Österreich haben. Diese ewig gestrige Ideologie darf keinen Platz haben in öffentlichen Ämtern und darf nirgends einen Platz haben! Einschlägige Gruppierungen, die weit über das rechte Spektrum hinausgehen, dürfen nicht in der Mitte unserer Gesellschaft und in unserer Demokratie ankommen. Als Stadt haben wir die Verantwortung unseren Bürgern gegenüber diese Ideologie nicht hereinzulassen. Sie muss draußen bleiben, Berührungspunkte darf es schlichtweg nicht geben, weder im Rathaus noch in der Ordnungswache. Hier gab es halt zwei aktuelle Vorfälle.

Bei der letzten Aktuellen Stunde vor einem Jahr brachten Bürgermeister Dr. Rabl und Vzbgm. Kroiß ein, dass die Gesinnung aufgrund des Datenschutzes nicht Teil des Einstellungsverfahrens ist, was ich grundsätzlich sehr befürworte. Allerdings – da bin ich wieder bei Kollege Mag. Teubl – sollte doch der Umkreis der Personen bekannt sein, vor allem wenn man sich kennt.

Noch einmal: Gibt es hier Berührungspunkte und sind sie noch so klein, zu derart fragwürdigen Gruppierungen darf man sich nicht hinter dem Prozedere verstecken, das lediglich einen einwandfreien Leumund vorsieht. Selbst das ist grundsätzlich in Ordnung, aber die weit über den rechten Rand hinausgehenden Haltungen dürfen nie in dieser Stadt ankommen, auch wenn sie nur gestreift werden. Mein Vorschlag wäre für die Ordnungswache ein Auswahlverfahren zu etablieren, das über das normale Verfahren hinausgeht, haben doch diese Mitarbeiter Zugriff auf sensible Daten.

Dieser Service kostet uns jährlich 700.000 Euro, die in meinen Augen in vielen anderen Bereichen besser eingesetzt wären, z.B. in der Prävention. Die FPÖ-Fraktion brachte ja eine Aktuelle Stunde zur Drogen- und Gewaltproblematik ein – hier wäre dieses Geld gut investiert. Bei den Streetworkern wurden einige Posten gespart, auch hier könnte man das Geld sicher gut gebrauchen - aber auch für Bewusstseinsbildungen unterschiedlichster Themen. Mein bevorzugter Zugang wäre es das Sicherheitsgefühl von innen zu stärken und nicht von außen mit einer Art Überwachungssystem in allen ihren Nuancen künstlich herbeizuführen. Ich denke, da hätten wir alle mehr davon als von einer Law and Order-Politik, die Probleme nicht an der Wurzel zu lösen versucht, sondern lediglich die Symptome bekämpft. Vielen Dank. Ich bitte um Diskussion.

GR. Wildfellner: In Namen der SPÖ-Fraktion möchte ich mich zum Thema Ordnungswache sehr kurz halten. Vor ungefähr einem Jahr gab es die sog. „Hakenkreuz-Affäre“. Hier wurde von der Koalition angekündigt, dass es bei Aufnahmen in die Ordnungswache strenge Richtlinien gibt und sogar das persönliche Umfeld der Bewerber durchleuchtet wird. Meine Frage: Ist das in diesem Fall passiert?

In einem Interview unseres Sicherheitsreferenten Kroiß im „Mein Bezirk“ sagte dieser, der Kontakt zu einschlägigen Kreisen ist kein Ausschlusskriterium für die Aufnahme in die Ordnungswache. Wir finden, dass das sehr wohl ein Kriterium ist. Die Ordnungswache ist ein sehr sensibles Thema in dieser Stadt. Ich möchte nicht, dass jemand wegen einem unausgereiften Prüfungsverfahren einen Job in der Ordnungswache erhält.

Wir fordern – hier schliesse ich mich Kollegin MMag. Rumersdorfer an – transparente und klare Kriterien zu erstellen, denen jeder Bewerber sich unterziehen muss.

Wie kommen die bestehenden Mitarbeiter der Ordnungswache dazu alljährlich in ein rechtes Eck gerückt zu werden? Das finden wir nicht in Ordnung. Sie machen ihre Arbeit sehr gut und sind sehr bemüht. Man muss auch stolz auf seine Arbeit sein können. Das können diese eigentlich nicht, weil sie sich immer wieder in den Zeitungen finden. Wir unterstützen die Ordnungswache, aber keine Mitglieder der Ordnungswache, die irgendwo in einschlägigen Kreisen verkehren.

Vzbgm. Kroiß: Kollegin MMag. Rumersdorfer sagte, man wird meist mit der Ordnungswache nicht im positiven Sinne konfrontiert. Das möchte ich zurückweisen. Die Ordnungswache wurde im Jahr 2009 gegründet. Ins Leben gerufen wurde damals die Ordnungswache noch von der SPÖ-Fraktion, wenngleich wir von der FPÖ-Fraktion dieses Projekt sehr unterstützten.

In diesen 10 Jahren leistete die Ordnungswache eine sehr gute Arbeit bzw. tut dies nach wie vor. Auch das Land Oberösterreich erkannte mittlerweile (im Jahr 2009 waren die Aufgaben und der Tätigkeitsbereich der Ordnungswache noch sehr eingeschränkt, sie hatte zu Beginn ihres Entstehens sehr wenig Kompetenzen), dass den Ordnungswachen in Linz und Wels durchaus behördliche Aufgaben übertragen werden können, z.B. die Überwachung ortspolizeilicher Verordnungen (Alkoholverbot am Bahnhof). Der Alkoholkonsum am Bahnhof konnte aufgrund der Ordnungswache eingedämmt werden. Mittlerweile gibt es Aufgabenbereiche, wie die Bettelei, die Hundehaltung u.v.m.

Zum Gesamtvorwurf „Mitglied der FPÖ“, „gewisse Gesinnung, die wir nicht unterstützen“ stelle ich mir die Frage, genügt es heute schon Mitglied der FPÖ-Fraktion zu sein, damit man ausgeschlossen wird? Auf der anderen Seite könnte man durchaus auch fragen, ob sie Mitglied bei der GRÜNE-Fraktion sind? Nein, das darf doch bitte nicht sein, nur weil jemand Mitglied der FPÖ-Fraktion ist, ist man einmal grundsätzlich ausgeschlossen von all diesen Job-Angeboten.

Die Ordnungswache hat es sich mit Sicherheit nicht verdient, dass in einer Tageszeitung ein Foto erscheint, mit dem man in das rechte Eck gedrängt wird. Wer schreibt so etwas? Wer bringt so etwas in Umlauf, diese neue Mitarbeiterin soll Berührungspunkte haben? Hier sind wir genau bei diesem Generalverdacht, wo sie Kollegin MMag. Rumersdorfer sagen, wir stellen diese Personen nicht unter Generalverdacht, wir schätzen diese demokratischen Werte. Hier wird es nicht gemacht. Hier sagt man diese Mitarbeiterin ist in einem gewissen Eck, das wissen wir, das hörten wir, das hat uns jemand erzählt, es hat uns jemand ein Mail geschickt. Es sollte einmal gefragt werden was wirklich dahinter steckt. Tatsache ist, wenn sich jemand bei der Stadt Wels bewirbt gibt es gewisse Aufnahmekriterien, die erfüllt werden müssen. Diese wurden erfüllt. Es liegt nichts vor! Hier sollte man sich die Frage stellen, nur weil jemand ein Mail schickt genügt es schon Personen in ein Licht zu rücken, was sich diese Personen nicht verdient haben.

Ich halte nichts von diesem „Gegenrechnen“. Die Ordnungswache kostet uns jährlich einen gewissen Betrag. Das Geld könnte man mehr in die Prävention usw. stecken. Wir brauchen beides. Wir brauchen die Prävention. Sollte diese gelingen brauchen wir in vielen Bereichen weniger Geld. Aber ich bin überzeugt davon auch die Ordnungswache zu brauchen. Die Ordnungswache wurde 2009 ins Leben gerufen, um durch ihre Präsenz in der Öffentlichkeit für mehr Ruhe und Sicherheit zu sorgen und eine präventive Wirkung zu erzielen. Das ist durchaus geschehen und geschieht nach wie vor. Ich bin überzeugt

davon, wir sollten darauf trachten die Ordnungswache nicht immer madig zu machen und sie immer in ein schlechtes Licht zu rücken. Das haben sich die Mitarbeiter nicht verdient.

GR. Dr. Csar: Die Ordnungswache ist immer wieder für eine Diskussion gut und wird in den Medien immer wieder sehr breit getreten mit vielen politischen Seitenhieben. Warum? 2009 wurde die Ordnungswache eingeführt mit Beschluss des Gemeinderates. Auch die ÖVP-Fraktion stimmte damals zu. Es war eine richtige Entscheidung, weil sich die Ordnungswache zwischenzeitig etablierte. Die Welser Bevölkerung kann auf die Ordnungswache zurückgreifen und immer wieder Hilfestellung bekommen.

Leider Gottes gab es vor einiger Zeit einen Vorfall „Hakenkreuzfahne im Schlafzimmer“, der disziplinarrechtlich und mit rechtlichen Konsequenzen abgehandelt wurde. Eine Entlassung wurde ausgesprochen. Aus mir unverständlichen Gründen wurde jedoch die Entlassung aufgehoben, das Verfahren läuft derzeit. Es ist wichtig ein Zeichen zu setzen gegen rechtsextreme Strömungen und diese zu verhindern. Daher ja zu solchen Maßnahmen konsequent gegen Verstöße vorzugehen, um Rechtsextremismus und rechtsextremes Gedankengut zu vermeiden bzw. dagegen aufzutreten.

Aufgrund dieser „Hakenkreuzfahnen-Affäre“ forderten wir, dass hinkünftig bei Neuaufnahmen von Personal für die Ordnungswache ein Screening durchgeführt wird. Eine wichtige Verlässlichkeitsprüfung von neuen Mitarbeitern der Ordnungswache. Das war eine Forderung der ÖVP, dementsprechend ist es wichtig eine Prüfung durchzuführen.

Die jetzige diskutierte Situation wurde auch der ÖVP-Fraktion zugetragen, auch wir erhielten ein Mail. Dieses wurde sofort an den Herrn Bürgermeister und den Herrn Magistratsdirektor übermittelt mit dem Ersuchen um rechtliche Prüfung. Das ist der richtige Weg. Nicht, dass man ungeprüft eine Mitteilung übernimmt und als Wahrheit verkündet, sondern dass man das als Grundlage für eine Prüfung nimmt und daran anschließend entsprechende Maßnahmen setzt. Diese Prüfung ist erfolgt - es ist wichtig das zu wissen.

Nur weil immer wieder Meldungen kommen – gerechtfertigt oder ungerechtfertigt - möchte ich nicht, dass wir alle Mitarbeiter in einen Topf werfen. Daher müssen wir auf unsere Wortwahl besonders achten, insbesondere aber auch aufpassen, wie breit wir solche Situationen treten und wie breit wir solche Diskussionen führen. Ich wage zu bezweifeln, dass es gut ist, wenn wir im Gemeinderat solche Situationen im Einzelfall diskutieren, weil ich glaube, wir müssen intern eine rechtliche Prüfung machen und mit aller Härte dagegen vorgehen, wenn etwas aufgezeigt wird und wir wissen, dass Konsequenzen gesetzt werden müssen.

Als ÖVP Wels bekennen wir uns zur Ordnungswache, die eine Kompetenz zur Unterstützung der Welser Bevölkerung hat. Wir bekennen uns dazu, dass Mitarbeiter in ausreichendem Ausmaß aufgenommen werden sollen, aber mit einer fachlichen und sozialen Kompetenz, damit die Welser Bevölkerung ihren Nutzen davon hat. Wir möchten nicht alle in einen Topf werfen und dann das „Kind mit dem Bad ausschütten“ und sagen, alle sind schlecht, weil wir dort oder da Anzeigen bekommen oder auch Problemfälle aufgezeigt werden, die abzuarbeiten sind. Die rechtliche Beurteilung soll zu Ende geführt werden.

Bgm. Dr. Rabl: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ist die Aktuelle Stunde damit beendet.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Ankauf von Grundstücken für den Neubau des
Kindergartens Pernau
Verf-015-I-7-2019

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde **zurückgezogen**. Hier ist eine rechtliche Abklärung hinsichtlich einer Klausel im Vertrag auf Wunsch der Verkäuferin noch erforderlich.

Bevor wir uns nun in die Tagesordnung begeben ist noch festzuhalten, dass es hinsichtlich der Tagesordnung noch Änderungen gibt. Es sollen der TOP 9. – Verkauf der stadt eigenen Wohnung Sauserstraße 9, der TOP 13. – Umwidmung von Betriebsbaugelände Bauland und der TOP 16. – Bebauungsplan im Bereich der Traungasse und Volksgartenstraße ebenfalls von der Tagesordnung genommen werden. Die Gründe sind, dass zwei Verträge nicht rechtzeitig unterschrieben wurden bzw. auch hier eine Klausel nicht ausreichend definiert ist. Gibt es Einwendungen dagegen, dass diese Punkte von der Tagesordnung **abgesetzt** werden?

Die Punkte 9., 13. und 16. der Tagesordnung werden

einstimmig abgesetzt.

Berichterstatler Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einrichtung einer überfraktionellen Bildungskommission
Verf-015-I-5-2019

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Frage wie funktioniert ein Ausbildungssystem wird immer wieder überprüft. Bei Statistik Austria können sie den Bildungsstand junger Menschen in Österreich nachlesen. In diesem Zusammenhang gab es eine Initiative des Landes Oberösterreich, die lautet „Arbeitsplatz OÖ 2020“. Dieses Dokument kann im Internet abgerufen werden.

Leider müssen wir feststellen, dass die Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren gerade im Bezirk Wels eine schlechte Abschlussquote im Bereich der Berufsausbildung haben. Im oberösterreichischen Vergleich der Bezirke weicht die Stadt Wels sehr stark ab vom Mittelwert. Der Mittelwert liegt ungefähr bei 18 %. In Wels haben wir 32 % junger Menschen bis zum 24. Lebensjahr, die nach der Pflichtschule keine Ausbildung absolviert haben.

Das Land OÖ überlegte sich bei dieser Arbeitsplatz OÖ 2020-Initiative 2018 genau was getan werden kann, um diese Quote zu verbessern und diese Jugendlichen an das Bildungssystem heranzuführen. Das Land OÖ schaute sich unterschiedliche Systeme an, Maßnahmenpakete wurden diskutiert und teilweise verabschiedet, um in den einzelnen Gruppen der Jugendlichen - beispielsweise Jugendliche, die nach Absolvierung der Lehre ihren Lehrabschluss nicht machten, Jugendliche, die zur Drop-Out einer höheren Schule gehören - Verbesserungen zu erzielen.

Als Stadt Wels sind wir mit diesen negativen Zahlen konfrontiert. Der Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion geht in die Richtung, wenn wir in der Stadt Wels den Prozentsatz erhöhen könnten, würden wir einen überproportional hohen Beitrag zu dieser „Arbeitsplatz OÖ 2020“-Initiative des Landes Oberösterreich beitragen. Schauen wir uns das konkret an, müssen wir als Stadt Wels natürlich auch die Hausaufgaben machen, weil es ein Zukunftsthema ist, wenn wir viele Jugendliche am Weg in das Berufsleben „verlieren“ und das auch eine negative Auswirkung auf den Standort Wels hat. Wer von ihnen die Handwerksmesse besuchte und vielleicht mit verschiedenen Menschen aus den Betrieben sprach, wurde sicher damit konfrontiert, dass es de facto keine Branche mehr gibt, in der der Fachkräftemangel mittlerweile als die größte Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung genannt wird. Wenn wir diese „Alarmrufe“ ernst nehmen, müssen wir als Stadt Wels eigene Initiativen ergreifen, um unseren Vorsprung als Wirtschaftsraum, als Teil des oberösterreichischen Zentralraumes, nicht auf der Ebene des Fachkräftenachwuchses zu verlieren.

Unser heutiger Antrag geht in die Richtung uns verschiedene Bereiche gemeinsam anzusehen und gemeinsam Maßnahmenpakete zu schnüren, um diese negative Entwicklung zu bremsen und umzukehren. Mir ist vollkommen klar, die von uns ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich sind mittel- bzw. langfristig. Sie können nicht von heute auf morgen die Statistik umkehren, sondern es ist ein mittelfristiges Programm, mit dem wir heute die Verantwortung haben, damit in 10 bis 15 Jahren in der Stadt Wels ausreichend Fachkräftenachwuchs verfügbar ist.

Es gibt Maßnahmenpakete, die wir als Stadt selbst machen können, aber auch Maßnahmen, die gemeinsam mit Partnern durchgeführt werden müssen, weil wir nicht direkt zuständig sind und wir eigentlich darauf angewiesen sind, dass andere mit uns gemeinsam diese Probleme bearbeiten. Ein Bereich der Maßnahmen ist das der Bildungsbereich, wo wir als Stadt zuständig sind, die sog. Elementarpädagogik und der Pflichtschulbereich. Wir diskutieren seit längerem über den Ausbau der Ganztageschule. Es gibt noch nicht in allen Stadtteilen Ganztageschulangebote. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass bei der Klausur des Stadtsenates relativ klar herauskam das Angebot in der Neustadt und Vogelweide auszubauen und es in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden muss. Es ist ein wichtiger Schritt zu sagen das Ganztagesangebot haben wir als Stadt Wels in der Hand, weil wir für die Infrastruktur zuständig sind. Wir müssen das Thema angehen und umsetzen.

Es gibt unterschiedliche Bereiche. Ein Bereich betrifft jugendliche Menschen bis zum 25. Lebensjahr, die keinen Pflichtschulabschluss haben. Dazu müssen wir mit dem Land Oberösterreich und dem AMS Gespräche führen, damit diese mit und für die Stadt Wels Maßnahmen zur Behebung der Probleme setzen. Das Land OÖ finanziert in verschiedenen Bezirken - auch in Wels, aber für Wels zu wenig - Lehrgänge, in denen die Jugendlichen den Pflichtschulabschluss nachholen können. D.h., wenn das Land OÖ ihre eigene Arbeitsplatzinitiative ernst nimmt, dann müssen sie mit uns in glaubhafte Verhandlungen treten, damit wir in Wels mehr Maßnahmen erhalten, um die schlechte Grundgesamtheit der Jugendlichen ohne Pflichtschulabschluss besser bearbeiten zu können. In diese Richtung funktioniert dieser Antrag.

Wir beantragen daher, der Gemeinderat möge beschließen die Einrichtung einer überfraktionell zusammengesetzten Bildungscommission, die ein langfristig wirksames Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Bildungsstandards der Welser Jugend ausarbeiten soll. D.h. im Wesentlichen, jetzt habe ich nur einige Maßnahmen skizziert, wir brauchen jedoch eine Bündelung von Maßnahmen für alle Altersgruppen und ich ersuche sie gemeinsam mit uns diese Initiative zu unterstützen und diesen Antrag zu beschließen.

GR. Schäfer, Bsc: Diesem Begründungstext kann man inhaltlich voll zustimmen. Der österreichische Arbeitsmarkt ist in Umbruch, die Digitalisierung hält Einzug. Zunehmend werden Fachkräfte gesucht. Nicht ausreichend geschulte Kräfte werden zunehmend Schwierigkeiten haben in Beschäftigung zu bleiben. Wir von der FPÖ-Fraktion werden diesem Antrag dennoch nicht zustimmen. Warum? Die Kompetenzen für dieses Thema liegen beim Land Oberösterreich, beim Landesschulrat und beim Bund. Der Referent möchte mit diesem Antrag eine überfraktionelle Kommission zusammenstellen. Aus unserer Sicht ist der Bildungsausschuss des Gemeinderates bereits eine überfraktionelle Kommission. Diese sollte genutzt werden, um Lösung zu erarbeiten.

GR. Hufnagl: Danke an die SPÖ-Fraktion für diesen Vorschlag. Ich finde ihn als sehr gute Idee, weil es sich inzwischen um eine Notsituation handelt. Der Mangel an Arbeitskräften, an Fachkräften hemmt aktuell unser Wirtschaftswachstum. D.h. unser aller Wohlstand ist eigentlich gefährdet, weil die Unternehmer nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte finden. Ich selbst komme berufsbedingt in sehr viele Unternehmen. Rede ich mit den Führungskräften, höre ich zuerst „mir fehlen Arbeitskräfte, ich brauche qualifizierte Mitarbeiter“. Auch ich kann ein Lied davon singen. Ich bin in der IT-Branche tätig, in der diese Situation sehr drastisch ist, im Moment findet man überhaupt keinen Mitarbeiter mehr.

Jeder Euro, der in Maßnahmen für die Bildung gesetzt wird, kommt bekanntlich doppelt zurück. Ich glaube, die Gemeinde kann sehr wohl hier etwas beitragen. Ich bin nicht der Meinung, dass dies im Verantwortungsbereich des Landes oder des Bundes liegt. Als Gemeinde haben wir eine Verpflichtung hier rasch gegenzusteuern. Darum werden wir den Antrag unterstützen.

GR. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen aus folgenden Gründen: Die Gemeinde ist Schulerhalter und hat keine Kompetenz in der Gestaltung der Bildungspolitik per sé, d.h. wir haben keine Möglichkeit unmittelbar in den politischen Bildungsauftrag einzugreifen. Daher können wir nur Resolutionen einbringen an das Land oder den Bund. Solche Resolutionen bzw. Wünsche könnten in einem Gemeinderats-

ausschuss diskutiert werden. Das ist eine richtige und geeignete Grundlage, um darüber weiterzudenken.

Seit 1.1.2019 gibt es die sog. „Bildungsdirektion“ neu. Der Bildungsdirektor HR. Mag. Dr. Klampfer macht mit seinem Team mit großer Begeisterung Bildungspolitik in Oberösterreich. Wir müssen ihnen Zeit geben das umzusetzen, was sie sich vorgenommen haben. Wir als ÖVP-Fraktion glauben hier auf einem guten Weg zu sein. Wir können natürlich weitere Maßnahmen treffen, aber wie gesagt, diskutieren wir im Ausschuss darüber, wie wir die jungen Menschen unterstützen können für eine gute Zukunft.

GR. Mag. Schindler: StR. Reindl-Schwaighofer hat die Ganztageschule als einen konkreten Punkt in diesem Maßnahmenkatalog zur Entschärfung der Need-Situation herausgegriffen. In vielen Studien wird empfohlen präventive Maßnahmen zu setzen, um die Need-Situationen zu entschärfen. Diese stehen sehr häufig im Zusammenhang mit frühem Schulabgang. Als eine der zentralen Maßnahmen und Handlungsstrategien gegen den frühen Schulabgang wird vor allem auch der Ausbau der Ganztageschule empfohlen.

Qualitätsvolle Ganztageschulen können maßgeblich zur sozialen, personellen Entwicklung der Schüler beitragen, die Chancengleichheit entwickeln, das Bildungssystem stärken und so auch besser zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Gerade Bildungs- und pädagogische Ziele lassen sich vor allem in der verschränkten Form der Ganztageschule besser verwirklichen. Hier kann die Stadt Wels konkret tätig werden. Es gibt bereits Forderungen nach verschränkten Ganztageschulen, deshalb fordern wir rasch Schritte zu setzen, damit die Schulen die verschränkte Ganztageschule bald verwirklichen können.

GR. KR. Schönberger: Es geht hier um die Gründung einer Bildungskommission. Der Bildungsausschuss hat natürlich seine Aufgaben und seine Funktionen, aber er ist für die momentane Problemlage einfach zu klein gegriffen. Wir brauchen Experten aus der Wirtschaftskammer, um hier wirklich kurzfristige, mittelfristige und langfristige Lösungen für den Standort Wels auszuarbeiten. Das ist ein wichtiger Punkt, um morgen attraktiv zu sein.

Bei den Neugründungen sind wir mittlerweile in Wels hinter den Bezirk Vöcklabruck zurückgefallen. Vielleicht überlegt es sich die eine oder andere Firma in Wels ein Unternehmen zu gründen, weil sie weiß, sie findet hier keine Fachkräfte mehr, weil der Arbeitsmarkt ausgepumpt ist. Wenn wir als Stadt attraktiv bleiben wollen, dann müssen wir es schaffen heute Kommissionen einzusetzen, die diese Themen nicht nur nach außen kehren sondern allumfassend stärker angehen, um für den Zentralraum Wels Lösungen zu finden, damit wir für Unternehmen weiterhin attraktiv sind. Der Bildungsausschuss verliert deswegen nicht seine Funktion. Er ist das politische Handlungsinstrument innerhalb des Gemeinderates und innerhalb des Magistrates. Aber um diese Themenlage in der Breite, in der Differenziertheit erfassen zu können, brauchen wir ein breiteres Medium als das wir momentan zur Verfügung haben.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Wenn man sich die Fachkräftesituation in Wels oder überhaupt in Österreich anschaut und mit Unternehmer spricht, dann weiß man, dass inzwischen Fachkräfte fehlen. Man geht sogar schon einen Schritt weiter, es fehlen ausreichend Lehrlinge für freie Lehrstellen. Das liegt nicht nur daran, dass wir generell ein Problem mit Mitarbeitern haben. Es liegt auch daran, dass die schulische Bildung von sehr vielen Jugendlichen höchst mangelhaft ist, sodass man nach neun Jahren erschrocken feststellt, dass manche Jugendliche weder ausreichend schreiben, rechnen oder lesen können. Rechnungen wie 20 % von 80 sind fast ein Ding der Unmöglichkeit und sinnerfassend lesen ebenfalls.

Jetzt kann man natürlich sagen, die Stadt Wels oder eine Gemeinde soll einspringen. Ich muss aber trotzdem betonen: Die kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten für die Schulen liegen nicht bei der Gemeinde, sie liegen beim Land bzw. beim Bund. Diese Institutionen haben die notwendigen Mittel, um die schulische Bildung in Anspruch zu nehmen. Die Aufgabe der Stadt Wels liegt im Bereich des Kindergartens. Hier sind wir gefordert entsprechende Bildungsprogramme anzubieten. Es gibt durchaus einen großen Konsens, dass der Kindergarten die erste frühkindliche Bildungseinrichtung ist, weshalb wir auch versuchen alle möglichen Dinge im Kindergarten schon zu vermitteln. Deswegen gibt es einen eigenen Katalog von Fertigkeiten. Die Kinder sollten nach dem letzten Kindergartenjahr einige Fertigkeiten können. Einige davon sind übrigens ausreichende Deutschkenntnisse oder das Malen und Ausschneiden eines Kreises usw.

Wenn wir jetzt fordern, dass die Stadt Wels eine eigene Bildungskommission einrichtet, dann ist das aus meiner Sicht mehrfach verfehlt. Erstens, weil wir nicht zuständig sind für diesen Bereich. Da könnte man noch sagen, naja man kann sich ja trotzdem Gedanken darüber machen, das ist ja nicht so schlecht. Zweitens, es gibt ein Gremium dafür. Johnny, das ist dein Bildungsausschuss. Es steht dir frei in diesen Bildungsausschuss Experten, Sachverständige einzuladen, kleinere Gruppen zu bilden, öfter zu tagen, einen Unterarbeitskreis einzurichten etc. Nicht nur seit heute, sondern bereits die letzten Jahre. D.h. wenn du tätig werden willst, kannst du das jederzeit tun.

Ich möchte aber darauf verweisen, dass die Stadt Wels regelmäßig einem gewissen Budgetdruck unterliegt. Der resultiert daraus, dass wir gerade nicht für bildungspolitische Maßnahmen das Geld vom Bund oder vom Land bekommen, weil diese Institutionen selber dafür zuständig sind. Man kann nicht eines machen, nämlich wenn der Bund oder das Land eine Tätigkeit aus unserer Sicht nicht ausreichend verrichtet, wir einfach sagen, es soll die Stadt machen. Wenn ich mit verschiedenen anderen Institutionen rede, beispielsweise mit der Polizei, die sagt, wir haben auch zu wenig Polizisten in Wels, bedeutet das dann, dass die Stadt Wels Polizisten bezahlen soll? Mit welchem Geld? Oder wenn ich mit Vertretern des Österreichischen Bundesheeres spreche, die sagen wir können unsere Kapazitäten nicht mehr aufrechterhalten mit dem wenigen Geld, das wir vom Bund bekommen. Sollen wir jetzt als Gemeinde das Bundesheer mitfinanzieren? Beispiele könnte ich noch viele nennen. Wir müssen uns darauf konzentrieren die uns übertragenen Aufgaben ordentlich zu machen. Hier gibt es aus meiner Sicht genug Nachholbedarf. Wie bei der Infrastruktur, damit sich Betriebe ansiedeln, dass wir unseren Beamtenapparat so ausrichten, dass dieser leistungsfähig ist und rasche Entscheidungen treffen kann, damit sowohl der Unternehmer als auch der Bürger rasch zu Ergebnissen und Bescheiden kommt, die er haben möchte. Da gibt es natürlich den Bereich der Schulen – hier rede ich von den Schulgebäuden -, wo du lieber Johnny sagst, dort gibt es noch einen Bedarf in die eine oder andere Richtung. Richtig! Aber allein wenn ich diesen

Bedarf hochrechne, bewege ich mich bei mindestens 20 Mio. Euro nur für Schulgebäude und deren Sanierung in den nächsten Jahren. Auch Kindergärten sind noch zu renovieren mit einem Bedarf von mehreren Millionen Euro, weil in den letzten Jahren ein Rückstau entstand, den wir jetzt erst langsam auflösen. Fuhrpark usw. Viele Dinge, wo ich sage, das ist unsere Zuständigkeit, erfüllen wir diese ordentlich.

Wir müssen die uns übertragenen Hausaufgaben machen und uns nicht um Dinge kümmern, wofür wir keine Kompetenz und kein Geld haben. Was ist die Ursache? Warum gibt es gerade in Wels Jugendliche, die keine ausreichende Schul- bzw. Ausbildung haben? Das liegt vielleicht daran, dass wir einen sehr hohen Migrantenteil haben, der generell - was den schulischen Bereich betrifft - schlechter abschneidet als der Bereich jener Menschen, die in Österreich groß geworden sind und ausreichend Deutsch sprechen. Das muss auch gesagt werden! D.h. der herangezogene Vergleich stimmt aus meiner Sicht nicht. Wir sollten uns konzentrieren auf die Dinge, die wir kompetenzrechtlich machen müssen und wofür wir auch die notwendigen Mittel haben. Das Land und der Bund sollen sich um jene Institutionen kümmern. Die Bundesregierung ist in diesem Bereich gerade sehr aktiv – ein Beispiel: Die Sprachklassen waren aus meiner Sicht ein richtiger Schritt. Mit diesem ersten Schritt wurden genau diese Defizite ausgeglichen, um mehr Kinder in die entsprechende Ausbildung zu bekommen. Es gibt noch viel zu tun – das ist völlig richtig! Es gibt Nachholbedarf, aber es ist nicht Aufgabe der Stadt, genauso wenig wie es Aufgabe ist für mehr Polizei zu sorgen oder für mehr Personal beim Bundesheer bzw. für mehr Personal im Arbeitsmarktservice. Das sind alles Aufgaben anderer Institutionen, bei denen wollen wir das auch belassen.

GR. Mag. Teubl: Nach dieser Brandrede des Herrn Bürgermeisters möchte ich doch einiges dazu sagen. Nicht alles was hinkt ist ein Vergleich. Wenn sie, Herr Bürgermeister, gerade verglichen haben den Bildungsbereich mit dem Sicherheitsbereich - für beides sind wir nicht zuständig -, dann ist das sehr richtig. Aber wir haben im Sicherheitsbereich (wie heute bereits diskutiert) eine Ordnungswache, für die wir 700.000 Euro jährlich ausgeben. Wir haben einen Sicherheitsstadtrat. Also hier haben wir doch einige Dinge getan, die eigentlich nicht in unsere Kompetenz fallen, weil offensichtlich nach der Meinung der Mehrheit in diesem Haus in diesem Bereich etwas getan werden musste über die Kompetenzen vom Bund und Land hinaus.

In ähnlicher Weise könnte man das natürlich auch im Bildungsbereich sehen. Natürlich ist der Bildungsbereich nicht unsere Kompetenz. Aber wenn hier „der Hut brennt“ – das tut er ganz offensichtlich, wenn man sich die Ergebnisse anschaut -, dann ist es doch höchst an der Zeit einmal Ursachenforschung zu betreiben und sich anzuschauen warum ist denn in Wels das Ergebnis schlechter als irgendwo anders in Österreich? Warum haben wir hier noch größere Probleme? Der Herr Bürgermeister hat natürlich sofort die Erklärung parat, das sind die vielen Ausländer in Wels. Das kann aus dem Ärmel geschüttelt werden. Aber sich das wirklich anzusehen worin die Problematik tatsächlich besteht und dann sich Maßnahmen zu überlegen, wie man dagegen vielleicht auch von Seiten der Stadt etwas dagegensetzen kann, das wäre durchaus angeraten in einer Zukunftsfrage, die für die Entwicklung unserer Stadt sehr wichtig ist.

GR. Scheinecker, BA: In unserer Fraktion wurde diese Thematik ausführlich diskutiert, weil das Thema Bildung der SPÖ-Fraktion sehr am Herzen liegt. Wir wissen, wir schneiden schlecht ab, wir haben viele junge Menschen ohne abgeschlossene Pflichtschulausbildung. Wir wissen auch Wels hat nicht den besten Ruf als Bildungsstadt,

das ergibt sich aus den Medien. Als Schulerhalter haben wir sehr wohl Kompetenzen in diesem Bereich. Als mögliche Ursache wurde die Migration genannt. Es liegt vielleicht an der sozialen Durchmischung der Jugendlichen. Schauen wir uns den Pflichtschulbereich an, überlegen viele Welser Eltern wohin sie ihre Kinder geben. Im Bereich der NMS liegt die NMS der Franziskanerinnen an erster Stelle. Das ist eine Privatschule zwar mit öffentlichem Recht, aber es ist keine Schule, die sich jeder Welser leisten kann.

Als positives Beispiel darf ich die Schule in der Rainerstraße erwähnen. Ich erinnere mich, in meiner Kindheit hatte die NMS Rainerstraße nicht den besten Ruf. Mittlerweile diskutiere ich mit bekannten Sprachwissenschaftlerinnen, die nunmehr begeistert sind von der Rainerschule aufgrund des attraktiven Gebäudes, aufgrund des entwickelten Konzeptes. Die Rainerschule hat nun einen positiven Ruf, die Durchmischung verbesserte sich, weil die Eltern nicht mehr überlegen ihre Kinder vielleicht in einer Umlandgemeinde unterzubringen, weil die Welser Schulen nunmehr attraktiv sind. Davon profitieren alle in Wels lebenden Kinder. Es sind Möglichkeiten gegeben.

Der Bildungsausschuss ist dafür nicht das richtige Gremium. Die elementar-pädagogischen Bereiche und die wirtschaftlichen Aspekte sind wichtig. Wir sollten an die Weisheit aller möglichen Partner anknüpfen und schauen, was wir als Stadt bestmöglich erreichen können. Der Bildungsausschuss ist dafür etwas zu klein gedacht.

Es tut mir leid keine Zustimmung seitens der FPÖ- und ÖVP-Fraktion zu erhalten, aber dieses Thema wird uns noch längere Zeit beschäftigen. Diese Dinge müssen wir jetzt in die Hand nehmen, ein Handlungsbedarf besteht jetzt.

GR. Hufnagl: Ein paar Mal wurde gesagt, dass das Bildungsthema der Stadt Wels nicht in unserer Kompetenz liegt. Das stimmt meines Erachtens nicht ganz. Verweisen möchte ich auf unsere Fördergelder. Die Stadt Wels vergibt Subventionen, Förderungen für diverse Vereine und Institutionen auch im Bildungsbereich. An diesem Tatbestand erkennt man, dass sehr wohl die Stadt Wels hier einen Einfluss hat und Mittel vergibt. Auch das sollte man nicht ganz außer Acht lassen. Hier sollten wir uns überlegen, ob nicht gewisse Förderungen, Subventionen an manchen Stellen besser investiert sind. Man sieht, auch die Stadt Wels kann Einfluss nehmen und Geld für gewisse Dinge ausgeben bzw. priorisieren.

GR. Haböck: Nach dem Motto „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis.“ diskutiert natürlich ein Gremium wieder über die Schaffung neuer Gremien. Das ist so die Hauptaufgabe der Gremien immer etwas Neues zu schaffen, wo neue Experten drinnen sitzen. Natürlich ist sehr wohl bekannt warum in Österreich, speziell in der Stadt Wels, gewisse Gruppen an Schülern schlechtere Ergebnisse haben als woanders. Die Gründe sind bekannt, es gibt Studien. Auf diese Studien wird immer verwiesen, weswegen man eine neue Kommission gründen soll.

Jetzt kann man natürlich neue Gremien bilden, kostet ja auch nichts außer Zeit und das Geld des Steuerzahlers. Es wäre aber auch schön, wenn vor allem die Mitglieder der Gremien auch Taten setzen würden, denn natürlich wird der Fachkräftemangel nicht dadurch behoben, dass es in Wels eine neue Kommission gibt, sondern dass endlich die Probleme angepackt werden, die seit 20 Jahren oder schon länger bekannt sind.

Ein Punkt, der mir immer „etwas“ fehlt in der Diskussion – auch heute hörten wir es wieder – eine typische bildungspolitische Diskussion in Österreich läuft so ab: Die Stadt muss, das Land muss, der Bund muss, der Staat muss, die Politik muss, man redet relativ selten davon, was eigentlich die Schüler selbst müssen. Gut, die Verantwortlichkeit von Kindern ist immer etwas schwierig, aber auch die Eltern müssen dazu etwas beitragen. Ich erinnere mich - weil angesprochen wurde der Bildungsausschuss ist nicht das richtige Gremium - im Integrationsausschuss besprechen wir schon Themen, die die Integration betreffen.

Hier ist anscheinend der Integrationsausschuss schon zuständig, da gibt es nicht extra Gremien. Auch in diesem Integrationsausschuss wird mit dem Referenten, den Vertretern der anderen Fraktionen besprochen uns zu überlegen, wie wir vielleicht auch die Eltern in die Pflicht nehmen, denn die erste Verantwortlichkeit für den Bildungsweg der Kinder liegt bei den Eltern. Sie sind die Erziehungsberechtigten und sie sind eigentlich die, die das oberste Interesse haben, dass ihre Kinder einen guten schulischen Erfolg haben. Als Gesellschaft haben wir natürlich etwas davon, wenn alle gebildet sind. Sozialen Frieden, die Wirtschaft hat etwas davon, damit kann Steuergeld generiert werden, das auch wieder in die Sozialprogramme fließt. Aber die ersten Ansprechpartner sollten die Eltern sein. In welcher Kommission das dann diskutiert wird, ist mir eigentlich relativ egal. Aber ich werfe diesen Punkt noch ein. Es muss nicht immer der Staat sein, sondern die Eltern sollen auch Verantwortung übernehmen für ihre eigenen Kinder.

GR. KR. Schönberger: Lieber Kollege Haböck! Eines zur Aufklärung: Sehr viele Probleme sind nicht durch die Zeit gelöst worden, sondern durch sehr viel Hirnschmalz, welches die Menschen investiert haben. Das bisschen Gehirnschmalz würde ich auch verlangen das man für die Stadt Wels bereit ist zu investieren, auch wenn die Zeit dabei vergehen mag.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion. Diese zeigt auf - es handelt sich um ein Thema, das uns alle angeht. Alle hier im Raum Anwesenden kennen die Präsenz des Themas. Es ist abenteuerlich die Analyse zu unterstützen, aber die Maßnahmenpakete nicht mitzutragen und zu glauben, man kann auf einen anderen zeigen und danach Lösungen finden.

Lieber Kollege Haböck, zu deiner Wortmeldung muss ich sagen, du hast das Thema verfehlt. Ich erwartete bereits zu Beginn der Wortmeldungen darauf wer mit dem Spruch „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis.“ kommt. Du hast dir heute die Lorbeeren verdient. Wenn du zugehört hättest, hättest du hören können, dass es natürlich darum geht Maßnahmenpakete zu entwickeln, die uns in den einzelnen Bereichen Lösungen liefern. Um diese Maßnahmenpakete zu entwickeln, brauchst du einen Diskussions- und Organisationszusammenhang.

Die Intention dieses Antrages wäre gewesen gemeinsam dieses Zukunftsthema so weit herauszuheben, dass wir es aus dem täglichen politischen Streit heraushalten. Aber ihr habt es geschafft uns trotzdem wieder deutlich zu machen, dass es nicht um die Sache geht, sondern es kann nicht sein, dass die SPÖ-Fraktion einen Antrag stellt, der beschlossen wird.

Aber ich kann damit leben, weil es meiner Ansicht nach zwangsläufig so sein wird, dass wir dieses Thema noch sehr intensiv behandeln werden.

Zum Fachkräftemangel: Bgm. Dr. Rabl sprach bereits die Lehrlinge an. GR. Mag. Teubl meinte es ist fast abenteuerlich zu sagen, wir sind bei der Bildung nicht für alles zuständig, wenn ich gleichzeitig davon rede, dass die Ordnungswache deshalb beschlossen wurde, weil die Polizei nicht in der Lage war ihre „Mann- und Frau-Stärken“ in Wels auf das notwendige Maß hinaufzuheben. Darum wurde die Ersatzleistung mit der Ordnungswache gemacht. Wir sagten es gibt Bereiche, die mit der Ordnungswache abgedeckt werden können. Nur um ein wenig die Abenteuerlichkeit der Argumentationen hier deutlich zu machen.

Zur Zuständigkeit: Wir vereinbarten zu Bildungsminister Faßmann zu fahren, weil wir der Meinung sind, dass das Bundesministerium für die Stadt Wels zu wenig macht bzw. um deutlich zu machen, dass wir in der Stadt Wels mehr Unterstützung brauchen. Wenn die Schulbehörde weiterhin so tut, als wenn eine NMS in einer 3000-Einwohner-Gemeinde die gleichen Ressourcen braucht als eine NMS in einer großen Stadt wie Wels, dann haben sie keine Ahnung was in den Schulen los ist. Natürlich ist die Frage des Bildungsstandes auch eine Frage des Migrationsdrucks, der vor allem in den Ballungszentren am stärksten ist. Aber wir haben auch etwas davon. Wenn wir uns die Betriebe anschauen, die Lehrlinge ausbilden, haben die meisten Lehrlinge Migrationshintergrund. Gespräche mit verschiedenen Firmenvertretern auf der Handwerksmesse führten ja alle, die sich für dieses Thema interessieren.

Natürlich werden wir im Bildungsausschuss das Thema verstärkt diskutieren und vorantreiben. Wir haben gemeinsam für die Zukunft, für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes, für die Zukunft unseres Lebensraumes Stadt Wels eine Verantwortung. Sie beweisen gerade, dass sie diese Verantwortung nicht übernehmen wollen. Ich ersuche sie trotzdem diesen Antrag zu unterstützen, um ein Stück weiterzukommen und den gesellschaftspolitischen Schulterschluss, der in dieser Frage notwendig ist, auch zu deckeln.

Der Initiativantrag (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

GR. KR. Schönberger ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dank für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Wolfgang Homar, Wels, Marco-Polo-Straße 2;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER
BdB-325-01-1-2019

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 07.03.2019:

Herrn Wolfgang Homar, Wels, Marco-Polo-Straße 2, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Anton Wimmer, Wels, Friedhofstraße 18;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER
BdB-325-01-2-2019

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 07.03.2019:

Herrn Anton Wimmer, Wels, Friedhofstraße 18, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Leo Jachs, 4600 Thalheim, Meisenweg 5;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER
BdB-325-01-3-2019

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 07.03.2019:

Herrn Leo Jachs, Thalheim, Meisenweg 5, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Einstimmig angenommen.

5.)

KR. Herwig Mayr, Wels, Eichenstraße 9;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-4-2019

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 07.03.2019:

Herrn KR. Herwig Mayer, Wels, Eichenstraße 9, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/004

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 07.03.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Paulusberger und GR. Kittenbaumer sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/005

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 07.03.2019:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlage 2) werden genehmigt.

GR. Scheinecker, BA: Die Gelegenheit möchte ich nützen, um den Übernachtungsbonus anzusprechen. Der Nächtigungszuschuss ist legitim, er ist aber nichts weiter als ein Pflaster. Meiner Meinung nach ein sehr kleines Pflaster für die aufgerissene Wunde durch die Schließung der Jugendherberge. Ich sah mir diverse Buchungsplattformen durch und versuchte ein Einzelzimmer in Wels zu buchen. Diese waren verhältnismäßig teuer. Der Übernachtungsbonus greift erst ab zweimal Übernachten. Er ist dann interessant und günstig für Jugendliche, wenn diese zu zweit reisen (auch nur dann, wenn sie zwei Nächte bleiben). Ich finde es muss zum Thema „Nächtigungen für Jugendliche“ noch viel mehr getan werden. Das Thema Jugendherberge als günstige Nächtigungsmöglichkeit für Jugendliche können wir in der Stadt Wels noch nicht ad acta legen, weil es de facto dazu noch keine Lösung gibt.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Dieses „kleine Pflaster“ sind 10.000 Euro. Es gibt Gespräche mit Betreibern des Schülerheimes in der Obermüllnerstraße, die mich kontaktierten und überlegen ihr Objekt so zu adaptieren, dass in den Ferien diese Unterkunft als Jugendherberge, als günstige Nächtigungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden kann. Dann hätten wir rund 200 Betten mehr. Gerade in den Ferien kommen Jugendliche lt. Statistik der Jugendherberge verstärkt nach Wels. Damit könnten wir einen Teil abfedern. Dann würde das Pflaster schon etwas größer sein, was das Thema der Nächtigungen durch Jugendliche betrifft.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
1 Nein-Stimme (NEOS)
angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Kittenbaumer sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

8.)

Verkauf der stadteigenen Liegenschaften Wels, Richard-Wagner-Straße 3
und Brennereistraße 15
LV-026-02-3-2018

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 07.03.2019:

Der Verkauf der Liegenschaften Wels, Richard-Wagner-Straße 3, zum Verkaufspreis von € 216.000,--, sowie Brennereistraße 15, zum Verkaufspreis von € 130.000,--, wird genehmigt und der Abschluss der beiliegenden Kaufverträge beschlossen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 11 im Objekt Wels,
Sauserstraße 9
SD-KFM-70-2019

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Gemeinderatssitzung von der Tagesordnung **abgesetzt**.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

10.)

„Plastikfreie Stadt Wels“ – Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels
zur Stadtzielsetzung der Reduktion bzw. Vermeidung von Einwegplastik
BauD-U-9-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 04.03.2019:

Der beiliegende Text der „Stadtzielsetzung für eine plastikfreie Stadt Wels“ wird beschlossen und es werden zur Reduktion bzw. Vermeidung von Einwegplastik in der Folge allgemeine Ziele und Grundsätze für die Stadtverwaltung festgelegt.

GR. DI. Haydinger: Die Welser Freiheitlichen werden diesem Antrag natürlich zustimmen, weil alle Beiträge zum Umweltschutz, zur Vermeidung schädlichen Abfalls und zur Schonung unserer Ressourcen begrüßens- und unterstützenswert sind. Wie es die Referentin bereits ansprach, wird Wels in den nächsten Monaten sehr konkrete Maßnahmen in diesen Bereichen umsetzen.

Dennoch möchte ich die Gelegenheit nutzen, um einige Punkte anzusprechen, die in den letzten Monaten durch die Medien gingen. So erwecken einige NGO's und auch Medien den Eindruck, dass das Plastik, welches bei uns entsorgt wird, irgendwann einmal in den

Weltmeeren landet. Tatsache ist, dass 20 Länder weltweit für ungefähr 85 % des Plastikmülls verantwortlich sind, die in den Weltmeeren landen. Ich möchte nicht alle 20 Länder anführen, aber allen voran sind es Länder wie China, Indonesien, Bangladesch, Brasilien oder die Türkei. Europäische Länder finden sich unter diesen 20 Ländern nicht. Natürlich landet auch in Europa Plastikmüll in den Meeren – allen voran das Mittelmeer. Dort auch wiederum von Ländern, die große Küstenflächen haben und in denen viel Tourismus betrieben wird, wie z.B. Spanien oder Italien. Schaut man sich die Küstenfläche von Österreich an, die noch verblieben ist, kann man sich vorstellen wie viel Plastikmüll von Österreich in den Weltmeeren landet. Der Anteil von Plastikmüll in den Weltmeeren vor Europa und Nordamerika zusammen beträgt gerade einmal 2 %.

Österreich hat eine Vorreiterrolle was Plastikrecycling betrifft. So werden in Österreich 40 % des Mülls recycelt und 60 % verbrannt. Eine dieser hochtechnologischen Anlagen haben wir in Wels. Von der Welser Anlage weiß ich, dass ein gewisser Anteil an Plastikmüll in der Verbrennung sogar notwendig ist, damit der gesamte Müll genug Energie hat, um möglichst rückstandsfrei verbrannt zu werden.

Nur als kleine Notiz am Rande: Die Welser Müllverbrennungsanlage produziert für knapp 60.000 Haushalte Strom und versorgt das Fernwärmenetz mit Wärme. Wie sie sicherlich den Medien entnommen haben, wird seit einigen Monaten viel betreffend die Müll- und Plastikvermeidung auf europäischer Ebene diskutiert. Sieht man sich an was dort beschlossen werden soll, dann glaube ich, ist die Frage schon legitim, ob die Herrschaften in Brüssel das Thema Plastikreduzierung wirklich ernst meinen oder ob es sich dabei nicht um eine reine plumpe Symbolpolitik handelt? So werden z.B. Plastikstäbchen verboten, auf denen sich Luftballons befinden. Mir liegen zwar keine konkreten Zahlen vor wie viel der Anteil der auf diesen Luftballons befindlichen Plastikstäbchen am Gesamtplastikmüll ist, aber rein mein Bauchgefühl sagt mir, dass das nur im niedrigen Promillebereich sein kann.

Weiters werden auch Wattestäbchen verboten mit der Begründung, dass die Wattestäbchen teilweise über die WC-Muscheln entsorgt werden und dann über die Kanalisation ins Wasser gelangen. Bitte was kann das Wattestäbchen dafür, dass es unsachgemäß über die WC-Muschel entsorgt wird? Es gibt ja auch Menschen, die ihre toten Mehrschweinchen über die WC-Muschel entsorgen. Deshalb kann man ja auch nicht den Besitz von Mehrschweinchen verbieten.

Sieht man sich diese Thematik an, dann sehe ich eine gewisse Parallele zum Dieselfahrverbot in Europa. Auch da wird auf dem Rücken des kleinen Mannes versucht Politik zu betreiben. Die Autos der Bürger werden plötzlich entwertet und über Nacht können Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind, in gewissen Städten nicht mehr fahren. Die wahren Müllverschmutzer, nämlich in diesem Fall die großen Containerschiffe, kommen ungeschoren davon. Ein kleines Detail am Rande: Die 20 größten Containerschiffe weltweit produzieren mehr Schwefeloxide als sämtliche Autos weltweit. Aber die Lobby hinter diesen Reedern verhindert natürlich erfolgreich, dass ihre Dreckschleudern zum Thema auf diesen Umweltkongressen gemacht werden.

Um noch einmal auf das Thema Plastik zurückzukommen, ein paar Fakten: Ein Papiersackerl, welches nur einmal verwendet wird, erzeugt mehr Co² allein durch die Produktion als ein Plastiksackerl, wenn dieses ordnungsgemäß recycelt und sogar mehrmals verwendet wird. Jeder, der regelmäßig einkaufen geht weiß, wie lange ein

Papiersackerl in Wahrheit hält. Ähnliches gilt übrigens auch für Glas im Einweg. Auch Gläser, die nur einmal verwendet werden, müssen entsorgt, wieder eingeschmolzen und transportiert werden. Also auf einem Einwegglas ist mehr Co²-Bilanz als auf einer Plastikflasche.

Die Plastiksackerl-Debatte ist übrigens in Bezug auf die gesamte Plastikdiskussion vergleichsweise gering. In Österreich werden jährlich rund eine Million Tonnen an Kunststoff produziert. Der Anteil an Plastiksackerl beträgt dabei übrigens nur 0,6 %. In Österreich verwenden wir pro Kopf durchschnittlich 50 Sackerl pro Jahr, auf EU-Ebene sind es knappe 200. Also angesichts dieser Zahlen darf ich diese erregte Debatte rund um das Plastiksackerl hinterfragen. Das Plastiksackerl ist also per sé nicht böse, schon gar nicht dann, wenn man es mehrmals verwendet und wenn es ordentlich recycelt wird.

Festhalten möchte ich jedoch, ich bin kein Fürsprecher für Plastik oder die Plastikindustrie. Mich stört es beispielsweise auch, wenn ich im Supermarkt sechs Flaschen Mineralwasser kaufe, dadurch sechs Flaschen Plastik nach Hause bringe und das Ganze auch noch mit einer Überverpackung und mit einem Tragegriff aus Plastik versehen ist. Daher habe ich vor einigen Jahren schon umgestellt und sprudle selbst zu Hause. Ich finde es auch furchtbar, wenn man im Supermarkt Produkte sieht wie z.B. hart gekochte geschälte Eier in Plastikverpackungen. Oder noch viel schrecklicher: Vorgeschnittenes Obst in Plastikschaalen mit Plastikdeckel und Plastikbesteck.

Festhalten möchte ich, dass der Fokus auf eine generelle Reduktion der Abfallflut gelegt werden muss. Wir dürfen nicht den Fehler machen Plastik künftig durch andere Wegwerfverpackungen zu ersetzen. Wir müssen am oberen Ende der Abfallpyramide ansetzen, also beim Vermeiden und Wiederverwenden von Produkten und Materialien.

GR. Prähofer: Für Wels möchte ich eine Lanze brechen. Wir sind im Bildungsbereich nicht ganz vorne dabei, aber in vielen anderen Bereichen. Das spiegelt sich in der positiven Berichterstattung im letzten Monat z.B. im Bereich der Entwicklung der Innenstadt wieder. Mit dem heute abzugebenden Bekenntnis eine plastikfreie Stadt werden zu wollen und wirklich nachhaltige Aktivitäten zu starten hat Wels wiederum eine weitere Möglichkeit eine Vorbildwirkung einzunehmen. Auch für andere Gemeinden, die diesem Beispiel folgen, aber vor allem den Welsern für ihren privaten Bereich.

Schauen wir zu unseren Nachbarn nach Deutschland, dann sind diese schon ein Stück weiter und haben weitreichende Maßnahmen und Konzepte gestartet. Z.B. gibt es einen eigenen Kongress, der sich diesem Themenschwerpunkt widmet. Uns ÖVP gefällt dieser Beschluss sehr und wir hoffen, dass alle Referate und Dienststellen gemeinsam an der Umsetzung arbeiten.

GR. Kittenbaumer: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit dem Thema plastikfreie Stadt Wels. Der Plastikmüll verschmutzt ja nicht nur unsere wunderschöne Stadt Wels, sondern sorgt mittlerweile weltweit für massive Umweltverschmutzung. Ein Beispiel: Ein Jahresverbrauch innerhalb der EU-Staaten an Plastiksackerl beträgt 100 Milliarden Stück. 9 % dieser Zahl sind Einwegplastiksackerl. Diese landen leider Gottes auch in unseren Weltmeeren.

Mit dieser Stadtzielsetzung zur Vermeidung und zur Reduzierung von Einwegplastik in der Stadt Wels, im Einflussbereich der Stadtverwaltung, ihren Einrichtungen und

Beteiligungsgesellschaften, überall dort wo Alternativen möglich sind, wo es sinnvoll ist und wo es wirtschaftlich vertretbar ist, soll in Zukunft Plastikmüll vermieden werden. Das finde ich wirklich sehr gut.

Nicht nur die Stadt Wels ist hier positiver Vorreiter, sondern auch jeder von uns kann seinen Beitrag leisten beim nächsten Einkauf. Nehmt nicht gleich das Plastiksackerl bei der Kassa, sondern nehmt einmal eine umweltfreundliche Tragetasche und leistet damit Schritt für Schritt einen Beitrag, damit wir in der Stadt Wels plastikfrei werden.

GR. MMag. Rumersdorfer: „Wir haben keinen Planeten B“ – das ist seit Jahren der Leitpunkt der GRÜNEN-Bewegung. Würden alle so leben wie wir in Österreich, wäre im April die Erde schon verbraucht – so lange ist es nicht mehr hin. „Weltschöpfungstag“ – so nennt man das dann. Wir würden drei Planeten brauchen, wenn alle so leben würden wie wir. Den eigenen Footprint – würde ich sehr empfehlen für diejenigen, die das noch nicht machten – kann man ganz einfach im Internet herausfinden. Spätestens seit dem letzten Sommer spüren wir in unseren Gärten, an unserem eigenen Körper und in unserer Umgebung und allerspätestens seit der jungen schwedischen Aktivistin Greta Thunberg den Klimawandel – es bleibt kein Stein mehr auf dem anderen. Junge Menschen, Schüler (wie auch letzten Freitag in Wels) gehen auf die Straße, um uns Politiker aufzufordern zu handeln, endlich die Rahmenbedingungen herzustellen, die es braucht, um den point of no return nicht zu erreichen. Wir haben die Erde nur geborgt und ich möchte, dass meine Kinder und Enkelkinder in einer Welt aufwachsen können, die sie nicht krank macht.

Ich will jetzt keine Grundsatzrede über die weltweite Klimakrise halten, sondern einmal mehr die Notwendigkeit herausstreichen die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn nicht nur die Konsumenten sind die Verantwortlichen, die diesen Wandel eindämmen können, sondern vor allem wir als Politiker müssen die Rahmenbedingungen bereitstellen, um dieses Umdenken zu fördern. Erst heute habe ich im ORF gelesen, dass ein toter Wal gefunden wurde mit 40 kg Plastikmüll im Bauch – das sollte uns doch sehr zu denken geben. Wir leben alle auf diesen Planeten, auch wenn wir keinen Meerzugang haben, und sind alle für diesen Planeten verantwortlich.

Wir begrüßen dieses Vorhaben sehr, allerdings geht es uns nicht weit genug. Ich weiß nicht ob sie das wissen - ich hoffe doch -, der erste Vorschlag der Frau Vizebürgermeisterin mit ihrem Team war viel detailreicher und umfassender als der vorliegende Amtsbericht. Es wurden Einwände im Ausschuss vorgebracht. U.a. ging es um die Arbeitskleidung, die einen gewissen Anteil an Kunstfaser haben muss, das verstehe ich auch. Es waren viele andere Maßnahmen dabei, wie Stofftaschen, Einwegplastik im Alltag zu reduzieren, Mehrwegbecher usw. Alles Dinge, die ganz einfach umzusetzen gewesen wären, ohne dass Jemandem ein Stein aus der Krone bricht. Außerdem hätte es einen Leitfaden für Veranstaltungen ohne Plastik geben sollen sowie eine Bewusstseinsbildung gemeinsam mit den Welser Unternehmen, der Gastronomie und Vereinen. Genau das wird immer angesprochen. Ein Kollege sagte in einem Ausschuss, er versuche plastikfrei einzukaufen, aber wenn der Handel nichts anderes hat, was soll er machen? Genau solche bewusstseinsbildende Maßnahmen sind ganz wichtig. Es sind Forderungen, die meiner Meinung nach nicht zu hoch gegriffen sind.

Wie Frau Vizebürgermeister bereits erwähnte, gibt es erste kleine Erfolge, aber es soll nicht auf die Abteilung beschränkt sein.

Mit dem Aushängeschild „Energiesparmesse“ schmücken wir uns zu diesem Thema, also sollte das tiefer und ganzheitlicher passieren. Im Ausschuss forderte ich das Projekt auch zu evaluieren. Wie aus dem Amtsbericht ersichtlich, ist übergeblieben „dort, wo Alternativen möglich sind, sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar sind.“ Das klingt im ersten Moment nicht sehr verbindlich, darum hoffe ich, dass diese Verbindlichkeit in den unterschiedlichen Abteilungen gegeben ist und nicht nur, wenn es halt nicht zu teuer ist.

Plastikmüll zu vermeiden ist nicht mehr aus unserem täglichen Leben wegzudenken seitdem weltweit die Schüler auf die Straße gehen und uns vor Augen führen wir müssen handeln – das ist mittlerweile bei jedem angekommen.

Die Stadt Wels hat eine enorme Vorbildwirkung. Wir können 65.000 Einwohner dazu ermuntern unserem guten Beispiel zu folgen. Darum hoffe ich auf einen guten Start dieses Projekts und bin jetzt schon auf dessen Evaluierung gespannt.

GR. Schiefermayr: Kollege DI. Haydinger sagte zu Recht, man soll Plastik im Allgemeinen nicht verteufeln. Die sinnvolle Nutzung von Plastik ist allgemein bekannt, speziell was die Hygiene und Haltbarkeit im Lebensmittelbereich betrifft.

Zur Kollegin MMag. Rumersdorfer betreffend Handel und Produzenten muss ich sagen, natürlich muss man diese miteinbeziehen. In diesem Zusammenhang nenne ich zwei positive Beispiele: Zwei große Handelsketten kündigten an ab Herbst Pfandflaschen für Milch und Joghurt einzuführen. Das ist ein sehr guter Beitrag. Heute eröffnet ein Großproduzent für Fertigsalate und ähnliche Produkte. Auch dort ist das ein Thema, soweit ich weiß wird es bereits heftig diskutiert. Natürlich kann es nur dann funktionieren, wenn jeder von uns seinen Beitrag leistet.

GR. Hufnagl: Natürlich unterstützen wir NEOS diesen Antrag. In Vorbereitung dieser Gemeinderatssitzung suchte ich mir einen Antrag aus dem Jahr 2017 heraus. Damals ging es um einen Antrag der GRÜNEN zum Thema Umsetzung Energiestadt-Konzept. Damals forderten die GRÜNEN mit Unterstützung der NEOS endlich dieses Konzept „Energiestadt Wels“ umzusetzen. Dieses Energiestadt Wels-Konzept wurde im Jahr 2013 beschlossen. Viele dert dort enthaltenen Maßnahmen wurden bis heute nicht umgesetzt. Eine dieser Maßnahmen war z.B. eine Klimaschutzleitstelle. Das wäre eine Maßnahme die Stadt Wels nachhaltiger auszurichten, um beispielsweise den ökologischen Fußabdruck der Stadt Wels zu verringern.

Natürlich ist der heutige Antrag ein kleiner Schritt in diese Richtung. Man muss sich anscheinend mit kleinen Schritten zufrieden geben, die großen Schritte haben in den Jahren 2013 und 2017 anscheinend nichts genützt.

Der Beitrag von Kollegen DI. Haydinger erinnert mich ein wenig an die Aussage von Bgm. Dr. Rabl vor zwei Jahren. Diese lautete: „Wels hat viele Ziele. Aber als Stadt ist es nicht unsere Hauptaufgabe die Klimaschutzziele zu erreichen.“ So ähnlich hörte es sich heute von ihnen an – so nach dem Motto Plastik ist eh böse, aber in Österreich produzieren wir sehr wenig. Plastik, welches wir produzieren, kommt nicht in die Weltmeere, das wird verbrannt. Also sollen die anderen ihren Müll vermeiden. Das was wir machen ist eh nicht so böse. Wenn nicht jeder von uns anfängt und wenn wir nicht in

unserer Stadt anfangen, in der kleinsten Ebene von der Familie bis über den Gemeinderat, das Land und den Bund, Europa hinaus, dann wird das Ganze nie etwas.

Es ist Ignoranz zu sagen, irgendwer anderer soll Müll vermeiden, unser Müll wird verbrannt. Vielleicht ist es ihnen entgangen, aber der Plastikmüll wird produziert hauptsächlich aus Erdöl. Erdöl ist eine nicht unbegrenzt zur Verfügung stehende Ressource. Nur weil es verbrannt wird, ist es nicht unbedingt besser. Hier geht es ja auch um Reste, die übrig bleiben.

Plastik werden wir nicht ganz vermeiden können. Aber wenn jeder bei seinem Einkauf sieht wie viel Plastik in den Supermärkten vorhanden ist, dann sollten wir dazu einmal einen Riegel vorschieben. Wir haben nur eine Erde und der Klimawandel zeigt uns, es ist nicht fünf vor Zwölf, sondern eher schon kurz nach Zwölf.

GR. Scheinecker, BA: Den Antrag von Frau Vizebürgermeisterin Huber unterstütze ich natürlich. Die vorherigen Wortmeldungen sind sehr relativiert immer davon auszugehen, es gibt Teile in dieser Welt, die weniger auf die Ressourcen achten, wir in Österreich wären so weit vorne. Wir leben nur auf einem Planeten. Die Verantwortung, die wir haben, müssen wir vollinhaltlich ausnutzen. Natürlich haben wir eine sehr weit entwickelte Recycling-Wirtschaft, wir verdienen teilweise sehr viel Geld damit, aber es ist wesentlich eine Vorbildwirkung zu haben und Initiativen zu ergreifen, die uns zur Verfügung stehen.

Weg von den harten Zahlen des Recyclings: Mit meinem Hund gehe ich regelmäßig spazieren und fülle dabei täglich Müllsäcke voll. Jeden einzelnen Tag übersteige ich haufenweise Müll. Jeder, der in der Au spazieren geht, kann das bestätigen. Es ist höchst an der Zeit in Wels Initiativen zu ergreifen. Jeder soll vor der eigenen Haustüre kehren – leider, so erlebe ich das täglich bei meinen Spaziergängen – gibt es noch sehr viel zu kehren. Danke für diese Initiative.

Vzbgm. Huber: Ich bedanke mich für die fachlichen Ausführungen und für die Signale einer positiven Abstimmung. Es stimmt, der erste Teil war umfangreicher. Aber es hindert uns nichts daran diese Teile einfach umzusetzen. Ich freue mich auf viele Anregungen im Ausschuss, die wir gemeinsam umsetzen. Es kann nur funktionieren, wenn jeder einen kleinen Beitrag dazu leistet. In diesem Sinne bitte ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

Rahmenvertrag für die Entsorgung von Streusplitt/Straßenkehrsicht
mit der Firma Felbermayr Bau GmbH & Co KG, Wels, Machstraße 7
SD-KD-316-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 04.03.2019:

Der von der Firma Felbermayr Bau GmbH & Co KG, Wels, Machstraße 7, angebotene Rahmenvertrag für die Entsorgung von Streusplitt/Straßenkehricht wird zum geschätzten Preis von maximal € 75.600,-- inkl. USt. beschlossen und mit beiliegendem Auftragsschreiben und Rahmenvertrag bestellt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

12.)

Jagdausschuss Puchberg; Entsendung von Gemeindevertretern
in die Jagdausschüsse – Neunominierung durch die SPÖ-Fraktion
Pol-044-AR04-2-2019

Der Antrag (Anlage 10) lautet:

Frau GR. Barbara Wildfellner wird anstelle des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Ernst Kirchmayr in den Jagdausschuss Puchberg als Mitglied gewählt und entsandt.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des
Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 57)
BZ-BauR-5009-2016

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Gemeinderatssitzung von der Tagesordnung
abgesetzt.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des
Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 19)
BauR-269-05-11-2018

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 04.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes der Stadt Wels Nr. 2/2015 (19. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 1)
BauR-269-05-12-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 04.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes der Stadt Wels Nr. 2/2015 (1. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 114/2.9 (Stadtteil Innenstadt)
BauR-269-06-6-2018

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Gemeinderatssitzung von der Tagesordnung **abgesetzt**.

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 103/1.43 (Stadtteil Innenstadt)
BauR-269-06-8-2018

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 04.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.43 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

18.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Aufstockung der Fördermittel für den Verein „Hilfszentrum für
junge Menschen“ bzw. das von ihm durchgeführte Projekt „Tandem“
Verf-015-I-3-2019

GR. Kittenbaumer: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um den Verein Kinderschutzzentrum Tandem – Hilfszentrum für jungen Menschen und um die von der Stadt an den Verein bezahlten Fördermittel. Der Verein wurde am 20.02.1987 in Wels gegründet und hat sich seither zu einer anerkannten Familienberatungsstelle mit dem Schwerpunkt Kinderschutz entwickelt. Dafür gebührt der Dank den Mitarbeitern und der Geschäftsführung für die hervorragenden Leistungen im Verein und allen, die den Verein Tandem unterstützen.

Das Kinderschutzzentrum Tandem leistet seit nunmehr fast über 30 Jahren wertvollste Arbeit in Wels für die Kinder und Jugendlichen, die Gewalt und Missbrauch erleben mussten. Die Stadt Wels unterstützt den Verein seit vielen Jahren und hat bei seiner letzten Beschlussfassung in der Gemeinderatssitzung am 06.07.2015 die bisherige maximale Fördersumme von 52.000 Euro auf 65.000 Euro einstimmig beschlossen. Damals wurde festgehalten: „Im Interesse der kleinen und großen Klienten soll die wertvolle Arbeit des Vereins auch in Zukunft finanziell abgesichert sein, um als Familienberatungsstelle und Opferhilfeeinrichtung weiterhin in unserer Stadt Bestand zu haben. Aufgrund der Entwicklungen sowie der gestiegenen Aufwendungen und der Bedeutung des Kinderschutzzentrums Tandems wird vorgeschlagen die jährliche maximale Unterstützung von 52.000 Euro auf 65.000 Euro zu erhöhen.“

Doch statt diesen einstimmigen Beschluss umzusetzen, wurden leider in den Folgejahren die städtischen Fördermittel gekürzt. Im Jahr 2016 wurden insgesamt 52.000 Euro überwiesen. In den Jahren 2017 und 2018 wurde auf eine jährliche Förderung von 40.000 Euro gekürzt.

Aber nicht nur seitens der Stadt Wels wurde gekürzt, auch andere Förderungswerber und der Bund kürzten die Förderung. Aus diesen Einschnitten heraus wurde die Mitarbeiterzahl verringert - das ist sehr traurig. Für das bestehende Personal ist die Situation derzeit weiterhin sehr eng. Durch die fehlenden Fördermittel und die gestiegenen laufenden Kosten (Aufwendungen, Personalkosten wie Kollektivvertragsanpassungen) kann das Kinderschutzzentrum nicht mehr abgangsfrei wirtschaften und hatte somit im Jahr 2018 einen niedrigen fünfstelligen Abgang.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wirklich sehr befremdlich, dass dieser Verein, der sich vorrangig um Gewaltschutz für Kinder kümmern soll und damit wichtige öffentliche Interessen wahrnimmt, mittels Spenden um sein Überleben kämpfen muss. Der Aufwand zum Lukrieren der Spenden ist ein organisatorischer Aufwand sondergleichen. Es muss

unser aller Ziel sein die Finanzierung des laufenden Betriebes sicherzustellen, um die Gefahr einer drohenden Betriebseinstellung wirklich vom Tisch zu bringen.

Daher stellt die SPÖ-Fraktion gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen: „Der Gemeinderat der Stadt Wels spricht sich für die Aufstockung der Fördermittel für den Verein „Hilfszentrum für junge Menschen“ bzw. das von ihm durchgeführte Projekt „Tandem“ auf die maximale Fördersumme von € 65.000,00 pro Jahr gemäß einstimmigen GR-Beschluss vom 06.07.2015, aus, um damit einen entscheidenden Beitrag zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung der wertvollen und notwendigen Arbeit dieser Institution zu leisten.“ Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

Vzbgm. Kroiß: Auch die FPÖ-Fraktion steht hinter dem Projekt Tandem, weil wir natürlich wissen, dass das Kinderschutzzentrum eine wertvolle Arbeit für Kinder leistet, die Gewalt und Missbrauch erlebt haben. Eine solche Anlaufstelle ist sehr wichtig. Wir glauben nicht, dass ein Initiativantrag der richtige demokratische Weg ist hier zu beginnen Anträge zu stellen, bei denen der Referent mit Gemeinderatsbeschluss aufgefordert wird dem Verein mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Wir werden damit mit Sicherheit eine Lawine losretten. Bei jedem Gemeinderat würden dann Anträge gestellt, mit denen ein Referent mehr Geld für den jeweiligen Verein zur Verfügung stellen soll.

In der Begründung steht, dass darüber hinaus von anderen Fördergebern – wahrscheinlich auch Bund und Land – Fördermittel reduziert wurden. Es wäre durchaus interessant warum und in welcher Höhe dies getan wurde. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, um nochmals darüber zu diskutieren wie dem Kinderschutzzentrum geholfen werden kann.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 14) in den zuständigen Ausschuss wird mit

	<u>21 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
und	<u>10 Stimmenthaltung</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker, BA

19.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Teilnahme an den Programmen „Erasmus + Jugend in Aktion“
sowie „Europäisches Solidaritätskorps“
Verf-015-I-4-2019

GR. Scheinecker, BA: Der vorliegende Antrag beschäftigt sich im weitesten Sinne mit Europa, vor allem aber mit Jugendförderprogrammen, die Europa anbietet. Damit wir wissen über was wir diskutieren, möchte ich den Beschlussantrag vorlesen: „Der Magistrat der Stadt Wels wird aufgefordert die Möglichkeit an der Teilnahme an den Programmen „Erasmus + Jugend in Aktion“ sowie „Europäisches Solidaritätskorps“ zu prüfen, um dadurch die Erlangung von EU-Fördermittel für die Umsetzung von Jugendprojekten zu ermöglichen.“

Es wären grundsätzlich Fördermittel abzuholen, die möglicherweise Jugendliche aus Wels dazu animieren könnten ihr Europa kennenzulernen. Ich selbst bin hier aufgewachsen, fühle mich als Europäerin, hatte als Studentin an der Universität im Rahmen von Erasmus die Möglichkeit irgendwann im Ausland Zeit zu verbringen und europäische Freundschaften zu knüpfen. Dadurch wurde mein Europagefühl sehr gestärkt. Ähnliche Programme gibt es aber auch für Jugendliche und junge Menschen, die nicht auf einer Universität sind. Vor allem bei Erasmus gibt es tolle Möglichkeiten über Austauschprogramme und diverse Kooperationen, bei denen es möglich ist, Jugendliche nach Wels zu holen und Jugendliche aus Wels in andere europäische Länder zu schicken, um dort Auslandserfahrungen zu sammeln und mit Jugendlichen in Verbindung zu treten.

Ein wichtiger von der EU gesetzter Schwerpunkt ist die Chancengleichheit und Inklusion. Es würde uns gut zu Gesicht stehen um zu sehen, ob wir Fördermittel abholen können und unseren Welsern eine Möglichkeit geben ihr Europa kennenzulernen. Ich würde mich sehr freuen, wenn es dazu eine Zustimmung gibt. Ich glaube, nachdem die Stadt hier nicht primär gezwungen ist Geld auszugeben, wäre es eine tolle Geschichte, die wir gemeinsam für Europa und unseren Menschen tun könnten. Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. Haböck: Es geht aus dem Antrag nicht richtig hervor was die Aufgabe der Stadt Wels sein sollte, weil beim Europäischen Solidaritätskorps die Stadt Wels in diesem Fall Aufnahmeorganisation wäre. Das müsste im Detail besprochen werden. Wir werden keinen Antrag auf Zuweisung stellen, sondern zustimmen, weil ich das für eine sehr gute Idee halte, auch wenn die ganzen Details noch nicht fixiert sind. Das ist ein sehr guter Vorschlag, den wir als ÖVP-Fraktion sehr gerne unterstützen möchten.

Diese EU-Programme laufen immer in einem gewissen mehrjährigen Finanzrahmen, der nächste läuft 2020 ab. Es ist daher fraglich, ob die Stadt überhaupt in den nächsten Calls - so heißen die Zeiträume in denen man sich bewerben kann - dabei sein kann. Ich bin aber auch sehr zuversichtlich, weil wir aus den Institutionen wissen, dass gerade das Erasmus-Projekt aber auch der Europäische Solidaritätskorps massiv aufgestockt werden sollen. Die nächsten Verhandlungen werden im November 2019 mit der Bestellung der neuen EU-Kommission beginnen. Es gibt aber jetzt schon die Zusage seitens der Kommission der Mitgliedstaaten und des Parlaments Erasmus+ zu verdoppeln und damit für mehrere Millionen von Jugendlichen neue Chancen zu eröffnen. Aber auch der Europäische Solidaritätskorps mit aktuell 70.000 Registrierungen soll auf 100.000 Registrierungen aufgestockt bzw. soll nach 2021 noch mehr möglich und ein Budget von 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Ich bin sehr zuversichtlich für eine politische Einigung, dass die Stadt Wels und die Welsner Jugendlichen weiterhin an diesen Programmen partizipieren können. Wenn die

Stadt Wels das besser bewirbt und diese Programme in den Schulen, Sport-, Kultur- und Jugendvereinen aktiver beworben werden, finde ich das gut, weil es hier sehr viele Möglichkeiten gibt und gerade die Jugendlichen diese Möglichkeit unbedingt nutzen sollten. Daher ein Ja zu diesem Antrag!

Vzbgm. Kroiß: Geschätzte Kollegin Scheinecker! Der Gemeinderatsantrag lautet: „Der Magistrat der Stadt Wels wird aufgefordert die Möglichkeit an der Teilnahme an den Programmen „Erasmus + Jugend in Aktion“ sowie „Europäisches Solidaritätskorps“ zu prüfen, um dadurch die Erlangung von EU-Fördermittel für die Umsetzung von Jugendprojekten zu ermöglichen.“ Der Antrag ist sinnvoll, wichtig und richtig, eigentlich aber obsolet, denn ein Anruf in der Fachdienststelle hätte genügt und die Kollegen Schwarz oder Kastner hätten mitgeteilt, dass es diese Möglichkeit bereits gibt. Wir haben bereits seit dem Jahr 2002 Erasmus-Projekte – meistens mit Straubing, Krumau oder Tabor –, wo diese EU-Austauschprogramme laufen.

Wir hätten 2018 mit der Stadt Straubing wieder ein Projekt gestartet, aber es gibt derzeit das Problem mit der EU, dass bei Förderansuchen durch die Kommunen nur mehr 50 % der Förderkosten bezahlt werden. Das heißt, wir als Kommune müssen 50 % selbst übernehmen. Suchen Vereine, Jugendorganisationen, soziale Unternehmen oder auch nach Wels kommende Gruppen an, werden 100 % bezahlt. Mit dem FC Wels versuchten wir 2018 das Projekt in Straubing zu starten. Letztendlich scheiterte es aber von Straubing aus, weil die Jugendlichen nicht gefunden werden konnten. Die Stadt Straubing wird derzeit an diesem Projekt nicht mehr teilnehmen, weil es sehr schwierig und ein großer Verwaltungsaufwand für eine Kommune ist diesen abzuwickeln. Straubing ist mit der derzeitigen Regelung zur Abholung der Gelder nicht glücklich und wird daher nicht mehr daran teilnehmen. Der Personal- und Zeitaufwand ist sehr groß und speziell das Dokumentationsverfahren nimmt enorme Ausmaße an.

Positives Beispiel für Erasmus+ ist die BRG in der Wallerer Straße, die seit vielen Jahren an diesem Projekt teilnimmt. Sie führen das auf ihrer Homepage immer wieder an. Diese Schule ist was Erasmus+ betrifft eine Vorzeigeschule. Beim Europäischen Solidaritätskorps kann man sich durchaus noch engagieren. Insgesamt kann diesem Antrag zugestimmt werden, weil die Thematik bereits geprüft wurde. Wir müssen das Ganze nur regeln, weil das Verfahren und die Beweiserbringung über das, was alles gemacht wurde, derzeit sehr schwierig ist.

GR. Scheinecker, BA: Danke für die Wortmeldungen. Es ist sehr schön, wenn wir hier schon Initiativen setzen. Herr GR. Haböck, ich glaube, es ist immer wieder ein gutes Zeichen zu sehen, dass es durchaus Sinn macht Europagemeinderäte in der Stadt zu haben.

Es ist eine gute Sache, wenn es passiert und es wäre noch eine bessere Sache, wenn wir verstärkt darauf schauen und trachten die Möglichkeiten im Rahmen der EU weiter auszubauen. Danke – ich hoffe auf eine positive Beschlussfassung.

Der Initiativantrag (Anlage 15) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

20.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Ausstattung aller im städtischen Fuhrpark befindlichen LKW
mit Abbiegeassistenten
Verf-015-I-6-2019

GR. Mag. Humer: Ich darf in Vertretung von GR. Ganzert diesen Tagesordnungspunkt betreffend Abbiegeassistenten vortragen. Die SPÖ-Fraktion ist der Ansicht, dass durch die zuständigen Stellen des Magistrates überprüft werden soll unter welchen Voraussetzungen die LKW im städtischen Fuhrpark nachgerüstet werden können. Die Abbiegeassistentensysteme sind nicht etwas grundlegend Neues. Es gibt diese Systeme schon und sie sollen den LKW-Fahrer dahingehend unterstützen in diesem toten Winkel beim Rechtsabbiegen – gerade in dichtbefahrenem städtischem Bereich – ungeschützte Verkehrsteilnehmer zu erkennen. Natürlich haben viele moderne LKW jetzt schon vier Spiegel auf der rechten Seite. Aber das verhindert nicht, dass ein gewisser Restbereich, der sogenannte tote Winkel, einfach nicht vom LKW-Fahrer eingesehen werden kann.

Worin bestehen diese Abbiegeassistentensysteme? Diese funktionieren auf Kamera- bzw. Softwarebasis. Das System erkennt eine Person, gibt im Fahrzeug einen optischen oder akustischen Alarm - dadurch wird der Fahrer darauf aufmerksam gemacht. Bestimmte Ergänzungssysteme sind schon so weit ausgereift, dass sie zu Notbremsungen führen. In Deutschland gibt es Erhebungen, dass rund 50 % der Verkehrsunfälle mit schweren Körperverletzungen und tödlichem Ausgang durch dieses System verhindert werden können. Gerade in der Stadt Wels sollte diese Möglichkeit geprüft werden. Wie das umgesetzt wird, ist ein weiterer Schritt. Es ist ein gewisses Zeichen zur Hebung der Verkehrssicherheit. Gerade der tragische Fall des Jungen in Wien zeigt, jede Investition in die Verkehrssicherheit ist eine gute Investition für die ungeschützten Verkehrsteilnehmer. In diesem Sinne ersuche ich um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. Wiesinger: Jeder Tote im Straßenverkehr ist einer zu viel. Nicht nur diese beiden Fälle, bei denen durch das Abbiegen eines LKWs zwei Personen gestoben sind, sind tragisch, sondern auch wenn auf Schutzwegen Personen zu Tode kommen. Deshalb glaube ich, dass es nicht nur wichtig ist über dieses Thema zu diskutieren, sondern generell über den Schutz im Straßenverkehr.

Dieser Antrag der SPÖ-Fraktion wird wortgleich in allen Gemeinden durchexerziert. Es wird nicht gesagt bzw. wird nur in der Begründung angeführt, dass die EU derzeit eine Richtlinie prüft und darüber diskutiert welches System eingeführt wird. Nach meinen Recherchen gibt es keinen Anbieter für serienmäßige Abbiegeassistenten. Die Firmen warten noch ab, welches System schlussendlich die EU vorschreibt. Auch die Stadt Linz überprüft gerade, was bei ihnen Sinn macht.

Dieses Thema sollte auf Städtebundebene diskutiert werden und ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen, um noch intensive Gespräche darüber führen zu können.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 16) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ-+ ÖVP-Fraktion, NEOS)
9 Stimmenthaltung (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Stefan Ganzert nimmt ab 17.08 Uhr an der Sitzung teil.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

21.)

Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes
gemäß § 39 Abs.3 StW 1992 i.d.g.F.
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
StRH-110-2018

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 24.01.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Tätigkeitsbericht 2018 des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

GR. Mag. Teubl: Als Vorsitzender des Kontrollausschusses darf ich ihnen auch heuer wieder den Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes zur Kenntnisnahme vorlegen. Dieser in schriftlicher Form vorliegende Bericht spiegelt das breite Spektrum der Tätigkeit des Stadtrechnungshofes und des Kontrollausschusses wieder. Sie finden darin Prüfungen, die direkt mit dem Umgang der finanziellen Mittel der Stadt Wels zu tun haben. Dazu zählen etwa die laufenden Prüfungen der Stadtkasse und der Kassen der einzelnen Dienststellen ebenso wie die Kontrolle des Rechnungsabschlusses. Sie finden darin auch Prüfungen, in denen die Tätigkeiten verschiedener städtischer Einrichtungen daraufhin untersucht werden, ob die Prinzipien der Sparsamkeit, der Zweckmäßigkeit und der vorschriftsgemäßen Verwendung der Gelder der Stadt Wels gegeben sind.

Es gibt in diesem Bericht auch ein breites inhaltliches Spektrum, von der Untersuchung der Anbringung von Bodenmarkierungen über die Überprüfung von Spielgeräten, von baulichen Maßnahmen, wie der Sanierung der Volksschule Puchberg, bis hin zur Tätigkeit der Streetworker. Besonders hervorheben möchte ich aber, dass die widmungsgemäße Verwendung von Subventionsgeldern Gegenstand der Prüfungstätigkeit ist – im heurigen Jahr im Bereich der Kultursubventionen. Relativ neu ist, dass auch stadtnahe Unternehmungen – Unternehmungen mit einer Beteiligung der Stadt Wels – der Kontrolltätigkeit des Stadtrechnungshofes und des Kontrollausschusses unterliegen. So wie das z.B. zum wiederholten Male beim Welios der Fall war, aber auch im heurigen Jahr bei der eww ag im Hinblick auf den Linienverkehr. Ein Prüfauftrag, der erstmals nach § 39 Abs. 4 des Stadtstatutes beauftragt wurde, das heißt, er wurde von einer Minderheit des Gemeinderats in Auftrag gegeben.

Für besonders wichtig erachte ich es, dass Empfehlungen, die der Stadtrechnungshof im Zuge seiner Prüfungstätigkeit abgibt, nicht nur einmal ausgesprochen werden, sondern dass im Rahmen von Nachfrageverfahren und Follow-up-Prüfungen nach einer gewissen Zeit auch deren Umsetzung überprüft wird. Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Nachhaltigkeit der Prüfverfahren gewährleistet ist. Hier ist insbesondere der Bereich der privaten Kindergärten zu erwähnen, wo die Kontrolltätigkeit des Stadtrechnungshofes zu enormen Einsparungen bei der Vergabe der städtischen Zuschüsse geführt hat.

Abschließend möchte ich nur noch meinen Dank an die Mitarbeiter des Stadtrechnungshofes unter der Führung von Frau Mag. Manuela Hofer aussprechen und mich bei den Mitgliedern des Kontrollausschusses bedanken. Diese haben oft in sehr langen Diskussionen die Prüfberichte ausführlich gewürdigt und sich im Detail damit beschäftigt im Interesse der Stadt Wels. Ich ersuche um Kenntnisnahme des vorliegenden Stadtrechnungshofberichtes.

Bgm. Dr. Rabl: Danke! Dem Dank an den Stadtrechnungshof und insbesondere an Frau Mag. Manuela Hofer möchte ich mich natürlich anschließen.

GR. Haböck: Als Mitglied des Kontrollausschusses möchte ich mich natürlich zuerst auch einmal bei Frau Mag. Hofer und ihrem Team bedanken für die sehr seriöse und detaillierte Aufarbeitung der Kontrollberichte und der Beantwortung unserer Fragen. Diese sind nicht immer einfach. Danke an die Kollegen im Kontrollausschuss für die gute und vertrauliche Zusammenarbeit. Ich habe mich schon geärgert, wenn Berichte in den Medien veröffentlicht wurden bevor wir Mitglieder sie zu lesen bekommen haben. Auch das hat sich gebessert und es ist hier eine vertrauensvolle Arbeit möglich. Das ist in solch einem sensiblen Bereich auch notwendig.

Den Stadtrechnungshof und damit verbunden den Kontrollausschuss halte ich für eine sehr wichtige Einrichtung. Wir wissen: Macht braucht Kontrolle! Überall wo Steuermittel verwendet werden, ist eine effiziente Verwendung unbedingt geboten. Diese soll und muss auch kontrolliert werden. Das funktioniert in der Stadt Wels sehr gut, weil hier alle daran arbeiten, um eine sorgsame Verwendung der Steuermittel zu gewährleisten. Ich hoffe, dass die Kontrollarbeit so gut weitergeht, dass wir nach den größeren Skandalen der Vergangenheit nicht mehr in die Rolle des bösen Prüforgans kommen müssen, weil die Arbeit einfach seriös und gut weitergeht. Danke an alle Beteiligten und ich freue mich auf den nächsten Kontrollausschuss mit hoffentlich wenig aufregenden Themen.

GR. KR. Schönberger: Ich darf im Namen der SPÖ-Fraktion den Dank an die Mitarbeiter des Stadtrechnungshofes aussprechen für die hervorragende Arbeit und die Aufbereitung der Unterlagen. Natürlich haben auch wir im Kontrollausschuss zur Kenntnis genommen, dass das Aufgabenfeld in den letzten Jahren gewachsen ist. Nochmals herzlichen Dank an Frau Mag. Hofer als Leiterin ihres Teams seitens der SPÖ-Fraktion.

Bgm. Dr. Rabl: Nachdem Mag. Teubl das Rednerpult schon verlassen hat, gehe ich davon aus, dass er kein Schlusswort wünscht. Ich ersuche um Kenntnisnahme dieses Berichts – eine Abstimmung dazu ist nicht erforderlich.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Ankauf von Grundstücken für den Neubau des
Kindergartens Pernau
Verf-015-I-7-2019

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde zu Beginn der Gemeinderatsitzung
zurückgezogen .

Anschließend erklärt der Bürgermeister diese Sitzung mit Dank für die angeregte Diskussion für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 03.06.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.